

27.05.2010 / Abgeschrieben / Seite 8

Erstickende Belagerung von Gaza

Offener Brief von Rolf Verleger, Vorsitzender der Gruppe »Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost« an die Botschaft des Staates Israel, »z.Hd. seiner Exzellenz Herrn Botschafter Yoram Ben-Zeev«:

Sehr geehrter Herr Botschafter, mit diesem Schreiben schließen wir uns in Form eines offenen Briefs dem Aufruf von »Gush Shalom« an die israelische Regierung an: »Es ist an der Zeit, die erstickende Belagerung von Gaza aufzuheben und den Menschen in Gaza freien Kontakt mit der Außenwelt und die Kontrolle über ihre Flug- und Seehäfen zu ermöglichen - wie jedem anderen Land in der Welt.«

Wir, die »Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost« appellieren an die Regierung in Israel, die »freedom flotilla« - den Schiffsverband mit Hilfslieferungen aus der ganzen Welt - ungehindert den Hafen von Gaza erreichen zu lassen, wo die acht Schiffe in der kommenden Woche erwartet werden. Wir hoffen, daß Verteidigungsminister Ehud Barak die Anweisungen an die Marine, den Schiffsverband abzufangen, zurücknehmen wird. Wir ersuchen Sie, in diesem Sinne auf die israelische Regierung einzuwirken.

Jeder Versuch von seiten Israels, die internationalen humanitären Hilfslieferungen von Medikamenten, Baumaterial und weiteren notwendigen Mitteln des täglichen Bedarfs an die belagerte und verarmte Bevölkerung von Gaza zu verhindern, wird wie eine Fortsetzung der andauernden unmenschlichen Kollektivstrafe wirken und kann tatsächlich kaum anders aufgefaßt werden. Wir appellieren an die israelische Regierung, sich endlich wieder an die Menschenrechte, an die moralischen Grundsätze unserer und anderer Religionen und an das internationale Recht zu halten und die Blockade Gazas aufzuheben.

Wie wir Sie am 17.3. informiert hatten, wird die »Jüdische Stimme« ebenfalls ein Boot nach Gaza entsenden. Als Geschenke bringen wir Schultaschen, die von deutschen Schulkindern gefüllt wurden. Unter den Passagieren werden sich auch Bundestagsabgeordnete sowie dokumentierende Medienvertreter öffentlicher Fernsehanstalten befinden.